

Niederschrift über die	
14:00 Uhr: 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses und ab	
14:30 Uhr: 3. öffentl. Sitzung des Finanzausschusses gemeinsam mit dem	
Kreisausschuss (2. HH-Beratung)	
- Öffentliche Sitzung -	
Datum:	Dienstag, den 02.12.2025
Sitzungsort:	Sitzungssaal des Landratsamtes
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	18:30 Uhr

Anwesende:

Kreisausschuss

Landrat

Eichinger, Thomas

Stellv. Landrätin

Horner-Spindler, Margit

stimmberechtigte Kreisräte

Baumgartl, Doris / Böhm, Wilhelm / Bolz, Christian / Fitzpatrick Kilian i.V.fü Friedl, Peter, Dr. / Groß, Daniela / Grabmaier, Kathrin i.V.f. Kießling, MdB, Michael / Kirsch, Herbert / Loy, Josef / Wasserle Markus i.V.f. Salzberger, Thomas / Sedlmayr, Robert / Standfest, Renate / Wacker, Kurt

Verwaltung

Fratz, Christina / Grünwald, Kristin / Köbberling, Ulrich / Markthaler, Thomas / Mies, Stephan / Müller, Wolfgang / Reinhold, Tobias / Swidersky, Nadja / Weichbrodt, Barbara /

Protokollführer/in

Wöls, Monika

Finanzausschuss

Landrat

Eichinger, Thomas

stimmberechtigte Kreisräte

Bredschneijder, Felix / Dempfle, Hermann / Erdmann, Martin / Fitzpatrick, Kilian / Först, Günter / Gall, Helga / Hager, Benedikt / Holzer, Ferdinand / Jell, Christoph / Koller, Johann / Kramer, Holger, Dr. / Raab, Christoph / Stork, Leonhard

Entschuldigt fehlen:

Kreisausschuss:

Kießling, Michael, Dr. Friedl, Peter, Salzberger Thomas

Finanzausschuss:

Filser Ralf

Tagesordnung Kreisausschuss:

(Vorl.Nr.)

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 1. | Sitzungseröffnung, Bekanntgaben, Genehmigung der Niederschrift | |
| 2. | Finanzierung von Zusatzbusfahrten für Grundschüler aus dem Fliegerhorst Penzing;
Finanzierung der Beförderung von Kindergartenkindern aus dem Fliegerhorst Penzing zu
gemeindefremden KiTas | DS:2025/0142 |
| 3. | Klimaschutz, Hochwasser- und Artenschutz; Moorrenaturierungen im Landkreis; Verlän-
gerung des Beschlusses vom 01.10.2019 zur Fortsetzung der Moorwiedervernäs-ung
(Klip-2050) | DS:2025/0143 |
| 4. | Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech - KU -; Unternehmenssatzung
und Zweckvereinbarung | DS:2025/0144 |
| 5. | Teilnahme des Landkreises Landsberg am Lech an der Ökomodellregion | DS:2025/0095/
1 |
| 6. | Antrag AWO; Finanzielle Unterstützung für das Mehrgenerationenhaus Landsberg 2026 | DS:2025/0136/
1 |
| 7. | Förderung von "via – Wege aus der Gewalt" als Fachberatungs- und Interventionsstelle
mit Notruf bei häuslicher und sexualisierter Gewalt | DS:2025/0137/
1 |
| 8. | Förderung des BRK Betreuungsvereins | DS:2025/0138/
1 |
| 9. | Wünsche und Anträge | |

Tagesordnung Kreisausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss:

- | | | |
|-------|---|--------------------|
| 13. | Haushalt 2026 einschließl. Finanzplanung bis 2029 (2. HH-Beratung) | DS:2025/0115/
1 |
| 13.1. | Bestandteile des Haushalts 2026; Ziele und Kennzahlen, Auswertungen zur finanziellen
Situation der Gemeinden | DS:2025/0146 |
| 13.2. | Kreisseniorenheim Theresienbad Greifenberg; Wirtschaftsplan 2026 einschließlich Fi-
nanzplanung bis 2029 | DS:2025/0147 |
| 13.3. | Kreisseniorenheim Vilgertshofen; Wirtschaftsplan 2026 einschließlich Finanzplanung bis
2029 | DS:2025/0148 |
| 14. | Wünsche und Anfragen | |

Punkt 1

Sitzungseröffnung, Bekanntgaben, Genehmigung der Niederschrift

LR Thomas Eichinger eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit fest. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht geladen. Der KA ist beschlussfähig.

LR Eichinger gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung bekannt.

Punkt 2

Finanzierung von Zusatzbusfahrten für Grundschüler aus dem Fliegerhorst Penzing; Finanzierung der Beförderung von Kindergartenkindern aus dem Fliegerhorst Penzing zu gemeindefremden KiTas

DS:2025/0142

Sachvortrag

Stephan Mies, SGL 51 (Asyl)

KR Robert Sedlmayr kommt zur Sitzung.

Beschluss

Der Landkreis Landsberg am Lech übernimmt die Kosten für die Beförderung von im ehemaligen Fliegerhorst Penzing untergebrachten Asylbewerber- und Flüchtlingskindern zur Grundschule Penzing und zurück bis zum 31.12.2026

Ebenso übernimmt der Landkreis Landsberg am Lech die Kosten für die Beförderung von im ehemaligen Fliegerhorst Penzing untergebrachten Asylbewerber- und Flücht-

lingskindern zum Kindergarten BRK KiTa Biberburg in Scheuring und zurück bis zum 31.12.2026.

Abstimmungsergebnis - KA:

Anwesend: 11
Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0

Punkt 3

Klimaschutz, Hochwasser-und Artenschutz; Moorrenaturierungen im Landkreis; Verlängerung des Beschlusses vom 01.10.2019 zur Fortsetzung der Moorwiedervernäsung (Klip-2050)

DS:2025/0143

Sachvortrag

Katja Laubach, SGL Naturschutz, informiert zum Moorschutz. Der Landkreis ist aktuell der größte Eigentümer von Moorflächen. Diese sollen wiedervernässt werden. Hierfür war der Landkreis im KLIP-Förderprogramm mit eingebunden.

Mit Beschluss vom 01.10.2019 habe der Kreistag diesem Moorrenaturierungsprojekt zugestimmt; das Projekt laufe und müsse nun abschließend noch einmal verlängert werden. Seit 2024 stehen wegen der Haushaltslage Bayerns weniger Fördermittel zur Verfügung, sodass sich der Landkreis mit einem höheren Eigenanteil finanziell stärker beteiligen müsse.

In den Projektgebieten Obere Filze, Tanner Filze und Breites Moos sind Grundstückszugriffe (aktuell ca. 14 ha) gesichert und die fachlichen Vorarbeiten abgeschlossen; die erste Wiedervernässung in den Oberen Filzen laufe, weitere Umsetzungen seien geplant. Drei Projektgebiete stehen unmittelbar vor der Umsetzung, wofür Landkreismittel erforderlich seien, um die Maßnahmen sowie die Klima- und Biodiversitätseffekte zu sichern. Der Finanzbedarf liege bei rund 100.000 € pro Jahr (ca. 2/3 Grunderwerb, ca. 1/3 Umsetzung).

KRin Groß spricht von einem der besten Hochwasserschutzmöglichkeiten und könne dieses Programm nur unterstützen.

Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Verlängerung des KLIP-Moorrenaturierungsprojektes im Landkreis Landsberg am Lech zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0

Punkt 4

Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech - KU -; Unternehmenssatzung und Zweckvereinbarung

DS:2025/0144

Sachvortrag

Thomas Markthaler informiert, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 22.07.2024 der Gründung eines Kommunalunternehmens „Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech – KU –“ gem. Art. 77 Abs. 1 LKrO zugestimmt und die Unternehmenssatzung beschlossen habe; die Bekanntmachung sei unter dem Vorbehalt einer verbindlichen Auskunft des Finanz-

amts zur Steuerbefreiung bei hoheitlicher Tätigkeit gestanden. Diese verbindliche Auskunft des Finanzamts Kaufbeuren liege nun vor (bezogen auf die Übertragung der Aufgabe zur Überwachung der Unterauftragnehmer im Zusammenhang mit der Errichtung der Berufsfachschule für Kinderpflege).

Die Satzung sei der Regierung von Oberbayern zur Kenntnisnahme vorgelegt worden; aufgrund der Stellungnahme der Rechtsaufsicht seien punktuelle Anpassungen sowie ein Inkrafttreten zum 01.01.2026 vorgesehen, um ein verkürztes Rumpfsjahr zu vermeiden. Die geänderte Fassung liege als Anlage vor. Zusätzlich seien der Erlass einer Änderungssatzung und der Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen Landkreis und KU erforderlich. Als erste Maßnahme solle der Neubau der Berufsfachschule für Kinderpflege umgesetzt werden; das KU werde hierfür als Generalübernehmer beauftragt. Die Auftragsübergabe erfolge nach Vorliegen von Baugenehmigung und Kostenberechnung sowie nach rechtssicherer Klärung der Förderunschädlichkeit (förderfähige Maßnahme nach Art. 10 BayFAG).

KRin OB Baumgartl kommt zur Sitzung

KRin Standfest regt an bei der Zweckvereinbarung den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass eine Aufgabenübertragung nur nach Vorliegen der Förderunschädlichkeit erfolgen soll.

LR Eichinger stellt den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung unter Punkt 2 zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Der Kreistag beschließt die Unternehmenssatzung des Kommunalunternehmens „Landkreis Endwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech - KU -“ in der als Anlage beigefügten Fassung.**
- 2. Der Kreistag beschließt die Zweckvereinbarung bezüglich der Errichtung und der Überwachung der Unterauftragnehmer des Neubaus der Berufsfachschule für Kinderpflege an den Beruflichen Schulen des Landkreises Landsberg am Lech in der als Anlage beigefügten Fassung. In der Zweckvereinbarung ist zu gewährleisten, dass eine Aufgabenübertragung nur bei Vorliegen der Förderunschädlichkeit erfolgt.**

Abstimmungsergebnis - KA:

Anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Punkt 5

Teilnahme des Landkreises Landsberg am Lech an der Ökomodellregion

DS:2025/0095/1

Sachvortrag

LR Eichinger stellt vor Beginn der Beratung den Antrag zur GO KT, den Punkt ins neue Jahr zu vertagen. LR Eichinger begründet die Vertragung damit, dass das Projekt aktuell nicht hinreichend mit den Vertretern der Landwirtschaft erörtert werden konnte. Gleichzeitig beantragt KRin Standfest ergänzend zum Antrag, dass bei der Beratung zu diesem Punkt der Umweltausschuss vorberatend mit dazugenommen werde.

LR Eichinger könne mit dem Vorschlag mitgehend und stellt die Vertagung zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Vertagung des TOP 5 “Teilnahme des Landkreises Landsberg am Lech an der Ökomodellregion” ins kommende Jahr zu. Vorangehend zur Entscheidung durch den Kreisausschuss erfolge eine Vorberatung im Umwelt- und Mobilitätsausschuss.

Abstimmungsergebnis - KA:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 6

Antrag AWO; Finanzielle Unterstützung für das Mehrgenerationenhaus Landsberg 2026

DS:2025/0136/1

Sachvortrag

Andrea Gang, SGL 41

Beschluss

(Empfehlung SSA an den KA)

Der Kreisausschuss stimmt einer Förderung des AWO Mehrgenerationenhauses Landsberg am Lech für das Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 10.000,00 Euro zu. Die Mittel sind entsprechend in den Haushalt 2026 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 7

Förderung von “via – Wege aus der Gewalt” als Fachberatungs- und Interventionsstelle mit Notruf bei häuslicher und sexualisierter Gewalt

DS:2025/0137/1

Sachvortrag

Andrea Gang, SGL 41

Beschluss

(Empfehlung SSA an den KA)

Der Kreisausschuss beschließt, die VIA Fachberatungs- und Interventionsstelle im Haushaltsjahr 2026 mit 12.900 € zu fördern und die Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 8 **Förderung des BRK Betreuungsvereins**

DS:2025/0138/1

Sachvortrag

Andrea Gang, SGL 41

Beschluss

(Empfehlung SSA an KA)

Der Kreisausschuss stimmt der überplanmäßigen Ausgabe bei Produkt 3.4.3.1.2.00 530100 in Höhe von 12.032,78 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 9 **Wünsche und Anträge**

Keine Wortmeldung

Ende öffentliche Sitzung Kreisausschuss: 14.25 Uhr

LR Thomas Eichinger eröffnet die gemeinsame Sitzung des Kreisausschusses mit dem Finanzausschuss und stellt die Anwesenheit fest. Eine fristgerechte Ladung sei erfolgt und die Gremien sind beschlussfähig.

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses gemeinsam mit dem Finanzausschuss:

Punkt 13 **Haushalt 2026 einschließl. Finanzplanung bis 2029 (2. HH-Beratung)**

DS:2025/0115/1

Sachvortrag

Kreiskämmerer Thomas Markthaler beginnt rückblickend zum Sachstand aus der vergangenen HH-Beratung und stellt die Zahlen und Eckdaten noch einmal in Kürze vor. Der Haushaltsplan 2026, gerechnet mit einem Kreisumlagenhebesatz von 56 % im Entwurf. Der Ergebnishalt abschließend mit einem negativen Jahresergebnis von – 18,8 Mio. Euro, der Finanzhaushalt, abschließend mit einem negativen Jahresfehlbetrag von – 4,76 Mio bzw. einem Endbestand der Finanzmittel von - 58.066 Euro.

Mittlerweile haben sich Änderungen ergeben. Thomas Markthaler verweist auf drei Positionen der als Tischvorlage verteilten Änderungsliste.

Thomas Markthaler informiert über einen Übertragungsfehler im System infolge einer nicht korrekten Veranschlagung beim ÖPNV erhöhe sich das Defizit um 2 Mio. Euro.

Positiv berichtet Markthaler zum Defizitausgleich Klinikum; dieser verbessere sich im Jahr 2026 um 338.000 Euro und die darauffolgenden Jahre stellen noch bessere Ausgleichszahlungen in Aussicht.

Eine weitere Position, welches politisch schon angesprochen worden sei, sei ein Ansatz von 100.000 Euro für die Machbarkeitsstudie „Fuchstalbahn“.

Diese Positionen verändern die Zahlen des Haushalts im zahlungswirksamen Ergebnishaushalt um 1,8 Mio. Euro, im nicht zahlungswirksamen Ergebnishaushalt um 100.000 Euro und investiven nicht zahlungswirksamen Haushalt um 150.000 Euro.

Unter Berücksichtigung aller in der Änderungsliste aufgeführten Zahlen stellt der Finanzhaushalt einen Endbestand von – 2 Mio. Euro, bis 2028 rd. - 10 Mio. Euro, was bedeute, dass man sich im Bereich der „Kassenkredite“ bewege.

Anschließend erläutert Thomas Markthaler die Teilhaushalte des HH-Planes angefangen mit den Teilhaushalten der Stabstellen und den jeweiligen Abteilungen der Gesamtorganisation.

Zu den Bewirtschaftungen der Außenstellen informiert Markthaler zu den einzelnen Gebäuden/Liegenschaften.

Ulrich Köbberlung, SGL 21, informiert zu den unterschiedlichen Ansätzen im Bauunterhalt Hauptgebäude (Sanierung Besprechung- und Sozialraum im UG, auch Sanierung im Bereich der Kanzlei, Erneuerung der Flurwand, auch EDV- und elektrotechnische Arbeiten und Malerarbeiten. Auch informiert er zu den Außenstellen; Karwendelstraße, der neuen Fläche mit Büroeinheit an der Lechwiesenstraße (Planungsleistungen und Umbau des bestehenden Gebäudeteils), und die Gebäudeeinheit am Papierbach.

KR Bredschneijder erkundigt sich inwieweit hier schon Planungen vorliegen, der den Ansatz für Planungsleistungen in Höhe von 3 Mio. sehr hoch angesetzt sehe. Markthaler verweist auf die Erläuterungen auf Seite 175 des Haushaltsplanes und erklärt, dass es sich hierbei nicht ausschl. um Planungsleistungen handle sondern auch um Leistungen für den Umbau im Bestand.

KRin Groß zeigt sich verwundert, zunächst über geplante Verlegungsgedanken zum Jobcenter, nachdem der gesamte soziale Bereich schon ausgelagert worden sei. Auch sei sie irritiert über die Planungen zum Landratsamt selbst, da gem. Aussage des Landrats erst eine weitere Entscheidung diesbezüglich nach den Kommunalwahlen stattfinden sollte. Daher könne sie den Ansatz für die Planungsleistungen nicht nachvollziehen.

LR Eichinger erklärt, dass es unabhängig von dieser Aussage und Entscheidungsfindung sei, das neu erworbene Bestandsgebäude schnellstmöglich für die Nutzung einer Verwaltungseinheit des Landratsamtes zu überplanen. Es wäre unsinnig ein Gebäude zu erwerben und dies leer stehen zu lassen. Daher sei es wichtig, dies für die Nachnutzung entsprechend zu sanieren und zu überplanen.

Ebenso wenig nachvollziehbar sei für KRin Groß der Ansatz in Höhe von 280.000 Euro für die Sanierung und den Umbau im Versorgungsbereich Hauptgebäude .

KRin Groß beantrage, beide Ansätze Planungen und Umbau Lechwiesenstraße in Höhe von 3 Mio. Euro sowie den Ansatz für Planungen Versorgungseinheit im Hauptgebäude mit 280.000 Euro aus dem Haushalt zu streichen.

KR Wasserle schlägt vor, ggf. den Ansatz 500.000 Euro zu reduzieren, das doch sehr intakt scheinende Bürogebäude zeitnah nachzunutzen und ggf. alle weiteren gedanklichen Überle-

gungen schrittweise anzugehen. Er betont, dass es ihm hier nicht um eine weitere Verzögerung gehe.

KR Wasserle erklärt, es wäre wünschenswert und sinnvoll mittels eines Konzeptes dem Kreistag die zukünftigen Planungen vorzustellen. Dem schließen sich die Kreisräte Wacker, Kramer und Holzer an.

Nach einer kontroversen Grundsatzdiskussion innerhalb der Gremien ggf. den Planungsansatz auf bzw. um 500.000 Euro zu kürzen oder zu schieben, stellt LR Eichinger den weitestgehenden Antrag von KRin Groß zur Abstimmung mit der Formulierung wer für die Beibehaltung des Ansatzes von 3 Mio. Euro sei, der müsse mit „Ja“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 6

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 4

Der Antrag von KRin Groß ist abgelehnt. Der Ansatz von 3 Mio. Euro für Planungsleistungen verbleibt im Haushalt.

Im Anschluss daran lässt LR Eichinger über den Antrag von KRin Groß – Streichung des Ansatzes – Sanierung Versorgungseinheit/Küche im Landratsamt Hauptgebäude abstimmen mit der Formulierung, wer für den Erhalt des Ansatzes von 280.000 Euro ist, der müsse mit „Ja“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 6

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 4

Der Antrag von KRin Groß ist abgelehnt. Der Ansatz für die Sanierung „Versorgungseinheit“ im Hauptgebäude in Höhe von 280.000 Euro bleibt bestehen.

Zum Teilhaushalt 200:

Ulrich Köbberling erläutert anschließend den Bauunterhalt in den Freizeiteinrichtungen.

KRin Standfest erkundigt sich zu St. Alban;

Köbberling erklärt, dass die Problematik der Undichtigkeit wohl behoben sei, eine regelmäßige Reinigung der Abflüsse allerdings bleibe; noch nicht abschließend erfolgt sei der notwendige Stromanschluss an die Versorgung.

Zur Bewirtschaftung „Wohngebäude“ (Penzing bis Schondorf) informiert Markthaler über einen HH-Ansatz von 1,78 Mio. Euro; u.a. zeige sich dies in den Positionen Abriss Grünsink mit

200.000 Euro sowie den Abriss des Dreispanners in der Schulstraße in Schondorf mit rd. 300.000 Euro.

LR Eichinger zum Antrag der SPD-Fraktion, der u.a. einfordere, den Ansatz Bauunterhalt Liegenschaften auf 600.000 Euro zu reduzieren, der im Vorjahr festgelegte Ansatz wurde nicht ausgeschöpft.

Ulrich Köbberling erläutert die Veranschlagungen nach Dringlichkeit (Sanierung der Grundleitungen/Asbestgrundleitungen in der Albert-Schweitzer-Straße, der Tausch von Brandschutztüren, der E-Check und die Bädersanierung).

KR Wasserle stellt fest, dass der Ansatz über Jahre zu hoch angesetzt war. Bei Notwendigkeit könne über Deckungsringe gearbeitet bzw. finanziert werden.

KR Wasserle erläutert nochmals den Antrag mit der Reduzierung des Ansatzes Bauunterhalt Wohngebäude und in Anbetracht der von Ulrich Köbberling angesprochenen anstehenden Asbestleitungssanierung wäre eine Ansatzreduzierung auf 1 Mio. Euro nachvollziehbar.

LR Eichinger könne sich dem Vorschlag anschließen und stellt den Antrag auf Reduzierung Bauunterhalt Wohngebäude auf 1 Mio. Euro zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

Zum Teilhaushalt Bauunterhalt Schulen informiert Thomas Markthaler - der Ansatz von 1,57 Mio. Euro entspreche dem Niveau von 2025.

Ulrich Köbberling erläutert die geplanten Maßnahmen u.a. an der JWR, dem IKG, ASG und dem SFZ.

KR Wasserle spricht den Schulentwicklungsplan an – ein Antrag aus der vergangenen HH-Beratung im Jahr 2024-2025. Der Schulentwicklungsplan solle als separater Tagesordnungspunkt vorgestellt werden unter Einbeziehung der Schulleitungen

Thomas Markthaler erklärt, dass zur Beschlusslage SEP keine Beteiligung der Schulleitungen vorgesehen sei, sämtliche Planungen an Schulen sind in die Haushaltsplanungen eingeflossen, auch über die Finanzplanungsjahre.

KR Wasserle erklärt, dass dieser Antrag im Oktober im Finanzausschuss so gestellt worden sei und er beantragt dies zukünftig wieder so aufzunehmen unter Beteiligung der Schulleiter.

LR Eichinger stellt klar, dass über alle großen Projekte auch für Schulen jeweils in der Kreisausschusssitzung eine Planungsvorstellung mit Architekten stattfinde, über das Jahr verteilt; gerne könne er zu einem Projekt noch eine vorausschauende Planung vorlegen, welche weitere Maßnahmen beinhalte.

Nach einer kontroversen Grundsatzdiskussion beantragt KR Wasserle auch beim Bauunterhalt Schulen den Ansatz zu reduzieren, jedoch nur soweit keine geplante Maßnahme gestrichen werden müsse.

KR Bredschneijder sehe es sinnvoller an tatsächlich alle Ansätze um 10 Prozent zu kürzen. Sollte tatsächlich Notwendigkeit bestehen so könne dies die Verwaltung entsprechend begründen.

LR Eichinger schlägt vor den Ansatz Bauunterhalt Schulen auf 1 Mio. Euro zu reduzieren und stellt folgende Formulierung zur Abstimmung, wer für eine Ansatzreduzierung Bauunterhalt Schulen auf 1 Mio. Euro sei, der stimme mit „JA“

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 1

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 4

(bei der Abstimmung KR Kirsch nicht im Saal)

Der Ansatz Bauunterhalt Schulen wird festgelegt auf 1 Mio. Euro.

Zum Teilhaushalt 400 informiert Markthaler:

Diese Teilhaushalte seien schon vorberaten über den Jugendhilfeausschuss und den Senioren- und sozialpolitischen Ausschuss

Zum Teilhaushalt 420 – bezieht sich KR Bredschneijder, dass hier ein Antrag vorliege den Ansatz Jugendhilfe im gesamten um 1 bis 1,5 Mio. Euro zu kürzen.

Peter Rasch, AL 4, informiert, dass bei der Ansatzplanung im Teilhaushalt Jugendhilfe darauf geachtet worden sei, nicht wie empfohlen eine Kostensteigerung von 5 bis 6 Prozent mit einzuberechnen, sondern man habe den Ansatz stabil gehalten und vom Vorjahr übernommen.

KR Bredschneider erklärt, dass es nicht darum gehe Maßnahmen zu streichen, sondern vor dem Hintergrund zu sparen, habe man die Ansätze entsprechend betrachtet und sei zu dem Ergebnis gekommen, ggf. den Ansatz der Realität anzupassen und ggf. nach unten zu reduzieren.

LR Eichinger spricht mit Blick auf den bereits reduzierten Ansatz in diesem Bereich diesen Ansatz so zu belassen. Aber wenn es gewünscht werde, hier diese Position zu kürzen könne eine Abstimmung zur Reduzierung erfolgen.

LR Eichinger erklärt, dass er sich diesem Antrag nicht anschließen könne, er würde sich der fachlichen Haltung des Jugendamtes anschließen und den Ansatz so belassen.

LR Eichinger stellt in einem nächsten Schritt die Kürzung des Ansatzes Jugendhilfe im Teilhaushalt 420 im Ergebnis zur Abstimmung. Wer für eine Reduzierung des Ansatzes sei müsse im Finanzausschuss mit „JA“ stimmen entgegen dem Beschluss des JHA.

Abstimmungsergebnis –Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 7

**Wenn der KA sich dem Empfehlungsbeschluss des JHA anschließe, dann müsse mit NEIN gestimmt werden, dann bleibe der Ansatz wie vorgestellt.
Wenn der KA für eine Reduzierung des Ansatzes sei, so müsse er mit „JA“ stimmen.**

Abstimmungsergebnis - KA:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 6

Der Antrag auf Reduzierung des Ansatzes ist angenommen.

LR Eichinger lässt über die Höhe der Reduzierung abstimmen. Der Vorschlag wäre eine Million von 14,3 Mio. auf 13,3 Mio. Euro reduziert, jeweils analog im Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt angepasst.

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 3

KR Holzer bei der Abstimmung nicht im Saal

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 4

Der Ansatz 420 Jugendhilfe wird von zunächst 14,3 Mio. auf 13,3 Mio. reduziert.

Er werde abschließend zur Beratung noch einmal über den Antrag der SPD-Fraktion beschließen lassen, inwieweit noch eine weitere Beratung zum Haushalt angesetzt werden solle um einzeln auf Projekte und Investitionen einzugehen.

Abschließend informiert Markthaler zum Schuldendienst/Schuldenentwicklung gerechnet mit einem Kreisumlagehebesatz von 56,0 %

Als Tischvorlage vorliegen haben die Kreisträte die Investitionsmaßnahmen ab 2026 die den Haushalt belasten bis 2034 im Gesamtüberblick.

Im Rahmen der HH-Satzung sind auch Verpflichtungsermächtigungen zu beschließen. (110,23 Mio. Euro) Maßnahmen die vergeben werden müssen, aber die Belastung im Jahr 2026 noch nicht zum Tragen komme.

Mit einem gerechneten Kreisumlagenhebesatz von 56 % und der Einberechnung der Ergebnisse aus der Änderungsliste schließe der Ergebnishaushalt mit – 20,6 Mio. Euro. Der Finanzmittelfehlbetrag liege bei – 6,58 Mio. Euro. Dies bedeute, dass – 1,78 Mio. Euro nicht über Investitionskredite gedeckt werden können.

Bei einem gleichbleibenden gerechneten Hebesatz von 53,25 % schließe der Ergebnishaushalt bei – 26,7 Mio. Euro und der Endbestand an Finanzmittel belaufe sich auf – 7,9 Mio. Euro.

KR Bredschneijder, stellt fest, dass ihm die HH-Beratung aktuell zu einfach umgesetzt seien und betont, dass es wichtig sei, auch Stellen grundsätzlich zur Disposition zu stellen. Er er-

klärt, er sei bereit, sowohl über Stellen als auch über Investitionen zu beraten und diese gegebenenfalls ebenfalls zur Disposition zu stellen. Es sei ihm zu einfach, den Haushalt allein durch Kürzungen bei einzelnen Ansätzen auszugleichen.

LR Eichinger erklärt, das Kernproblem bestehe darin, dass man zwar gerne Ausgaben und Projekte anstoße, gleichzeitig jedoch von den Gremien – ohne konkrete Vorschläge – erwartet werde, freiwillige Leistungen und Positionen zu kürzen.

Er führt aus, Einsparungen seien möglich; dann müsse jedoch unterjährig in den Gremien entschieden werden, welche Maßnahmen oder Vorhaben gegebenenfalls nicht umgesetzt werden.

KR Bolz erklärt, dass es tatsächlich wenig sinnvoll sei, im Rahmen der Haushaltsberatungen Projekte übereilt und hektisch zu streichen. Unterjährig könne jedoch entschieden werden, das eine oder andere Projekt gegebenenfalls nicht umzusetzen.

KR Wacker stellt fest, dass die BP unterjährig oftmals einen Vorschlag der gemacht habe einzusparen. Angefangen vom Klimaschutzmanagement bis hin zu der Klimaagentur, der Entwicklungspolitik, der Gleichstellungsstelle hier diese umgehend zu beenden. All diese aufgeführten Stellen produzieren ausschließlich Kosten zu Flyern, Zertifikaten, etc. aber ohne jegliches Ergebnis. Hier sei es schon Sache des „Mutes“ einmal diese Stellen unterjährig nicht zu besetzen bzw. einzurichten.

KR Wasserle wünscht in einer weiteren Sitzung genau diese Punkte anzugehen.

KR Raab bezieht sich auf den Pfarrhof Walleshausen. Dies wäre durchaus ein Ansatz den man streichen könnte.

KR Wasserle nimmt den Vorschlag von KR Raab zum Anlass und beantragt den Ansatz für den Erwerb Pfarrhof Walleshausen zu streichen.

LR Eichinger stellt den Antrag der KRe Raab und Wasserle zur Abstimmung mit folgender Formulierung, wer dafür sei, den Ansatz für den Pfarrhof zu belassen, der müsse mit „JA“ stimmen und wenn der Ansatz gestrichen werden solle, auch aus der Finanzplanung der müsse mit „NEIN“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 13

Wenn der KA der Empfehlung des Finanzausschusses folgen könne, für die Streichung des Ansatzes, der müsse mit „JA“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

Der Ansatz zum Pfarrhof Walleshausen wird aus dem HH gestrichen

LR Eichinger nimmt den Beschluss zum Anlass und würde nun die Anträge zum Haushalt beraten und entscheiden lassen.

LR Eichinger zum Antrag der Fraktion Grüne, es gehe um die Mitarbeitenden im Büro Landrat/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das Vorzimmer. Letztlich gehe es um die Personal-

kostenansätze für die Mitarbeitenden im Presse-und Öffentlichkeitsbereich und im Socialmedia.

LR Eichinger erläutert, dass die Öffentlichkeitsarbeit im Büro des Landrats sowie im Bereich Social Media eine grundlegende Basisversorgung für alle Abteilungen des Hauses darstelle, da die Verwaltung die Öffentlichkeit im Wesentlichen über diese Kanäle mit Informationen versorge. Kürzungen oder Streichungen in diesem Bereich wären daher ein schwerwiegender Einschnitt mit Auswirkungen auf die gesamte Verwaltung. In der Folge müsste wieder verstärkt mit Papier und Druck gearbeitet werden, obwohl viele Prozesse derzeit digital abgebildet werden können.

KR Erdmann erklärt, dass der Fraktion die Öffentlichkeitsarbeit wichtig sei, doch der schnelle Aufwuchs im Personal der Öffentlichkeitsarbeit sei nicht nachvollziehbar. Er sehe, dass es eine Landkreispublikation nicht 4 x im Jahr brauche, auch keine tagtägliche Berichterstattung durch Landschaftsbilder; dies seien überflüssige Informationen. Daher der Antrag um Kürzung des Budgets um 40 % und 3,8 an Stelleneinsparung in diesem Bereich.

KR Bredschneijder erklärt, dass er grundsätzlich die Argumente nachvollziehen könne, es aber nicht sein könne, hier vorhandenen Mitarbeitenden zu kündigen.

KR Erdmann stellt klar, dass der Antrag beinhalte, dass seitens der Personalverwaltung geprüft werden solle, wie man in diesem Bereich sozialverträglich abbauen könne.

LR Eichinger stellt den Antrag der Fraktion auf Kürzung der Stellen zur Abstimmung und formuliert, wer vom FA für den Erhalt der Kostenstellen wäre, der stimme mit „JA“ und wer sich für den Antrag der Fraktion ausspreche, Kostenstelle zu kürzen der stimme mit „Nein“.

Nachdem aus den Reihen des Gremiums Irritationen zur Abstimmungsvorgang geäußert werden und der Vorschlag komme, doch für oder gegen den Antrag abstimmen zu lassen, formuliert LR Eichinger zunächst den Abstimmungswortlaut neu.

KR Standfest bittet beim Abstimmungsprozedere beim bisherigen durchgängigen Prozess zu verbleiben und zunächst über den weitestgehenden Antrag abzustimmen. Sie stelle einen Antrag zur GO.

LR Eichinger stellt diesen zur Abstimmung, wer könne sich der Haltung von KRin Standfest anschließen:

Abstimmungsergebnis - FA:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 9

LR Eichinger formuliert die Beschlussfassung dahingehend neu, dass wer für den Antrag der Grünen sei, den Ansatz bzw. die Kostenstelle zu reduzieren, der müsse mit „Ja“ stimmen:

Abstimmungsergebnis – Finanzausschuss:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 9

LR Eichinger, wer der Empfehlung des Finanzausschusses an den KA folgen könne der müsse mit „JA“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 4

Der Antrag der Grünen auf Reduzierung der Personalkosten beim Büro Landrat ist abgelehnt.

KR Sedlmayr verlässt die Sitzung 17.45 Uhr

Im Anschluss daran informiert LR Eichinger aus dem Antrag der SPD-Fraktion mit Der Streichung von Stellenbedarfen im kreiseigenen Hochbau. Ulrich Köbberling, SGL 21 erläutert anschließend die MA-Einteilung und die Bedarfe der 3 Stellen für Projekte und Vorplanungen.

KR Bredschneijder beantragt nach dem Vortrag von Ulrich Köbberling und einer kurzen Grundsatzdiskussion, dass der Antrag auf Streichung von 1 Stelle abgeändert werde.

LR Eichinger stellt nach einer kontroversen Grundsatzdiskussion den Antrag auf eine Stellenstreichung im Projektleiterbereich zur Abstimmung und formuliert, wer für die Stellenstreichung wäre, der müsse im Finanzausschuss mit „JA“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – FA:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 10

LR Eichinger stellt die Empfehlung des FA an den KA zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung folgen könne müsse mit „JA“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – KA:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 2

Der Antrag der SPD-Fraktion ist abgelehnt.

Damit verbleibt die vorgestellte Stellenanmeldung Kreiseigener Hochbau im Stellenplan

LR Eichinger erklärt zum Antrag der Bayernpartei auf Darstellung der Sozialhilfeleistungsthematik. Diesen Antrag würde LR Eichinger zurückstellen und informiert, dass die Fraktion hierzu einen Gesprächstermin bei ihm diesbezüglich bekomme, der für Montag, 08.12.2025 festgelegt sei.

Die Fraktion nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Zum Antrag der Fraktion Grüne, von KRin Groß auf Rückverlegung des Sozialamtes erklärt LR Eichinger, dass dies nicht in Zuständigkeit des Kreistages falle.

LR Eichinger stellt daher einen Antrag zur GO auf Nichtbefassung des Antrages aufgrund Nichtzuständigkeit durch den Kreistag.

Hier bedarf es keiner Abstimmung durch den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis – Kreisausschuss:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 3

Dem Antrag auf Nichtbefassung wurde zugestimmt.

KR Bredschneijder beantragt für die SPD-Fraktion die Stelle der Ökomodellregion aus dem Stellenplan 2026 zu streichen.

KR Standfest erklärt, dass es ja konform der Verschiebung der Beratung zur Ökomodellregion im kommenden Jahr gehe. Wenn die Stelle herausgenommen werde, müsse für das kommende Jahr dieses Projekt nicht umgesetzt werden.

LR Eichinger stimmt der Aussage zu und lässt über die Herausnahme der Stelle für die Ökomodell-Region abstimmen. Wer für die Streichung sei, der stimme mit „JA“.

Abstimmungsergebnis- FA:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 6

LR Eichinger formuliert zur Abstimmung Kreisausschuss, wer für die Empfehlung des Finanzausschusses wäre, die Stelle für die Ökomodell-Region zu streichen, der müsse mit „JA“ stimmen.

Abstimmungsergebnis – KA:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 4

Die veranschlagte Stelle für die Ökomodell-Region wird aus dem Stellenplan 2026 herausgenommen.

Tobias Reinhold informiert im Anschluss noch zu einer nachträglichen Stellenveränderung im Stellenplan; Im Bereich Jobcenter seien noch 1,2 zusätzliche VZÄ angemeldet worden. Die Stellenmehrung ändere sich entsprechend in diesem Bereich auf 5,85 VZÄ..

Kreiskämmerer Thomas Markthaler informiert zu den Budgets, über die als Bestandteil ebenfalls mit dem Haushalt beschlossen werden müsse. Auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden sei als Bestandteil des Haushalts zu beschließen. Beides sei als Anlage zur Drucksache vorliegend.

10 von 30 Gemeinden mit kameraler Haushaltsführung haben die Mindestzuführung erreicht. 28 Gemeinden haben die Mindestrücklage erreicht und die Zuführung von Vermögens- und Verwaltungshaushalt haben 16 Gemeinden erreicht.

Es bestehe immer noch die rechtliche Vorgabe aus der KommHV Doppik der Definition von Zielvereinbarungen;

Zu den Zielvereinbarungen; hier gebe es wenig Veränderung. Noch sei eine Verpflichtung, eine KLR zu führen und im Rahmen des Haushaltsplanes darzustellen. Hier soll jedoch eine Gesetzesänderung folgen und diese Verpflichtung entfallen. Daher wurde im Bereich Controlling das Ziel formuliert, ein Konzept zu entwickeln mit dem Zweck, sich auf einige Ziele zu konzentrieren und diese zukünftig zu definieren und vorzustellen.

Zu den Wirtschaftsplänen der Kreissenorenheime müsse noch ein Beschluss gefasst werden. Im Rahmen dessen entschuldigt Kreiskämmerer Markthaler den Betriebsleiter der Seniorenheime aufgrund Krankheit.

LR Eichinger stellt die Wirtschaftspläne der Kreisseniorenheime Vilgertshofen und Greifenberg zur Abstimmung (siehe TOP 13.2 und TOP 13.3).

LR Eichinger erkundigt sich zum Antrag der SPD-Fraktion, inwieweit eine weitere Sitzung stattfinden solle.

KR Wasserle formuliert einen abgeänderten Antrag, dass im ersten Quartal noch vor Beendigung der Legislaturperiode eine zusätzliche Sitzung Finanz- und Kreisausschuss durchzuführen oder auch einen Workshop durchführen, um konkret noch langfristige Projekte wie u.a. die Planung Lechwiesenstraße und die Darstellung, wie die 3 Mio. Euro an Planungsleistungen mit eingesetzt werden sollen und zu welchen Investitionen.

LR Eichinger sehe dies eher fehlangezeigt in der Endphase einer lfd. Legislaturperiode eine solche Sitzung anzuberaumen, da viele der Kollegen ausscheiden werden.

LR Eichinger stellt klar, dass hier keine Abstimmung durch den Finanzausschuss notwendig sei.

Er stellt den Antrag an den Kreisausschuss für eine Sondersitzung im 1. Quartal zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis – KA

Anwesenheit: 12
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 4

Eine Sitzung wird für das 1. Quartal 2026 zu o.g. Inhalten festzulegen.

Abschließend stellt LR Thomas Eichinger den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Haushalt 2026 zur Abstimmung mit einem gerechneten Kreisumlagenhebesatz von 53,25 Prozent.

Beschluss

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag

Folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Der Kreisumlagenhebesatz wird auf 53,25 v.H. festgesetzt.**
- 2. Der Kreistag beschließt die Bildung der aus dem Budgetplan ersichtlichen Budgets (entsprechend den Teilhaushalten) und den darin enthaltenen Unterbudgets.**
- 3. Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Landsberg am Lech für das Haushaltsjahr 2026 samt ihren Anlagen in der dieser Niederschrift als Anlage beiliegenden Fassung.**
- 4. Der Kreistag beschließt die Finanzplanung 2025 bis 2029 des Landkreises Landsberg am Lech in der dieser Niederschrift als Anlage beiliegenden Fassung.**

Abstimmungsergebnis - Finanzausschuss:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 2

Abstimmungsergebnis - Kreisausschuss:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0

Punkt 13.1

Bestandteile des Haushalts 2026; Ziele und Kennzahlen, Auswertungen zur finanziellen Situation der Gemeinden

DS:2025/0146

Punkt 13.2

Kreissenorenheim Theresienbad Greifenberg; Wirtschaftsplan 2026 einschließlich Finanzplanung bis 2029

DS:2025/0147

Beschluss

Der Kreis- und Finanzausschuss nimmt den Wirtschaftsplan 2026 für das Kreissenorenheim Theresienbad in Greifenberg zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag die Annahme.

Abstimmungsergebnis-FA:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

Abstimmungsergebnis-KA:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0

Punkt 13.3

Kreissenorenheim Vilgertshofen; Wirtschaftsplan 2026 einschließlich Finanzplanung bis 2029

DS:2025/0148

Beschluss

Der Kreis- und Finanzausschuss nimmt den Wirtschaftsplan 2026 für das Kreissenorenheim Vilgertshofen zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag die Annahme.

Abstimmungsergebnis-FA:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

Abstimmungsergebnis-KA:

Anwesend: 12
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0

Punkt 14

Wünsche und Anfragen

Keine Wortmeldung

Ende der Sitzung: 18:30
Landsberg am Lech, 11. Dezember 2025



Thomas Eichinger
Landrat



Wöls
Schriftführer/in